

Humboldt-Universität zu Berlin  
Kommission für Lehre und Studium  
des Akademischen Senats

09.12.09  
I C 1

### **Protokoll Nr. 16/09**

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS) am  
07. Dezember 2009 von 14.15 Uhr bis 17.45 Uhr

---

#### **Teilnehmerinnen/Teilnehmer:**

##### Studierende:

Herr Arndt (Stellv.), Herr Aust, Frau Dietrich  
(Stellv.), Frau Gottwald, Herr Roßmann, Herr  
Strauß, Herr Watermann

##### Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

Herr Prof. Presber  
Herr Prof. Slenczka

##### Akademische MA:

Frau Dr. Huberty  
Frau Dr. Klinzing (Stellv.)

##### Sonstige MA:

Frau Dr. Bielagk  
Herr Schneider (Stellv.)  
Frau Schwedler

##### Ständig beratende Gäste:

Herr Dr. Baron (I Abt L)  
Frau Kleiner (stellvertr. FrB)

##### Gäste:

TOP 3: Herr Prof. van Buer (PhilFakIV), Frau  
Holldack (SZ Lehramt), Frau Dr. Kuhn (SZ  
Lehramt)

TOP 6: Herr Prof. Feldtkeller (Theologische  
Fakultät)

##### Geschäftsstelle:

Frau Heyer (Protokoll, Abt. I)

#### **1. Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Dr. Huberty schlägt vor, erneut einen Tagesordnungspunkt zur Änderung des § 29 ASSP aufzunehmen. Der AS habe die LSK beauftragt, über die Problematik Anwesenheitskontrollen zu befinden und dem AS am 08.12.09 ein Ergebnis vorzulegen. Die AG ASSP habe getagt und einen Formulierungsvorschlag beraten. Als Tischvorlagen werden der LSK Formulierungsvorschläge von Herrn Roßmann und von Herrn Prof. Nagel vorgelegt.

Es besteht Einvernehmen, einen neuen TOP 4 a aufzunehmen. Mit dieser Änderung wird die vorliegende Tagesordnung bestätigt.

#### **2. Bestätigung des Protokolls vom 16.11.09**

Das Protokoll der Beratung vom 16.11.09 wird bestätigt.

#### **3. Information**

##### Zum Rücktritt des Vorstands der Gemeinsamen Kommission (GK) für Lehrerbildung:

Herr Prof. van Buer berichtet, dass der GK-Vorstand nach 3 ½ Jahren Arbeit Ende Oktober 2009 zurück getreten ist. Der Rücktritt ist einerseits formal ordnungsgemäß erfolgt, da die Einsetzung des Vorstands nur für eine bestimmte Frist vereinbart war. Andererseits seien die Mitglieder des Vorstands nicht bereit, unter den derzeitigen Bedingungen weiter tätig zu sein. Dies werde damit begründet, dass die GK aufgrund ihres Empfehlungscharakters ein „zahnloser Tiger“ sei, keinerlei Verfügungsrechte besitze und daher keine Konsequenzen für die Arbeit erreichen könne. An die Universitätsleitung werde der Vorwurf gerichtet, die Lehrerbildung nur geduldet und keine ausreichende Unterstützung geleistet zu haben. Dringend erforderliche Änderungen seien nicht auf den Weg gebracht worden. In der vom GK-Vorstand vorgelegten Broschüre „Die `neue` Lehrer/innenbildung an der HU 2004-2009“ werde eine wissenschaftliche Begründung gegeben, was in der Lehrerbildung Realität sein müsste, jedoch noch nicht geleistet wurde und welche Ursachen dafür gesehen werden. Herr Prof. van Buer erläutert seine Auffassung, dass die Lehrerbildung unter umfassenden kapazitären, strukturellen und curricularen Problemen leide. Um diese Probleme zu lösen, sei es von Anfang an Ziel des Vorstands gewesen, ein Zentrum für Lehrerbildung zu installieren. Die Lehrerbildung könne nicht als Querschnittsaufgabe behandelt werden. Das Service-Zentrum Lehrerbildung sei wegen ungenügender Ausstattung und nicht ausreichender Ver-

netzung, trotz hervorragender Arbeit, nicht in der Lage, die Probleme zu lösen. Er verweist auf die im Hochschulvertrag verankerte Forderung, ein Zentrum für Lehrerbildung zu schaffen, dass extern zu evaluieren sei. Herr Prof. van Buer erläutert die Forderungen des zurück getretenen GK-Vorstands. Neben der Einrichtung des Kompetenzzentrums müsse auch eine neue Kooperationskultur mit der zuständigen Senatsverwaltung entwickelt werden. Wenn an der HU eine exzellente Lehre gewollt sei, müsse auch die spezifische Aufgabenstruktur der Lehrerbildung stärker berücksichtigt werden. Daher werde vom Präsidenten erwartet, dass er diese Ansprüche aktiv in seine Agenda aufnimmt.

Herr Dr. Baron informiert über den Vorschlag von Herrn Prof. Nagel, zunächst zu versuchen, einen neuen Vorstand zu finden. Wenn dieser Versuch scheitert, sollte sich die LSK damit befassen, wie eine neue GK Lehrerbildung aussehen könnte. Die Mitglieder der GK sollten gebeten werden, Kandidaten für einen neuen Vorstand vorzuschlagen.

Frau Dr. Klinzing schlägt vor, einen gesonderten Tagesordnungspunkt zu dieser Thematik vorzusehen. Den LSK-Mitgliedern müsse Zeit gegeben werden, das umfangreiche Material zu lesen. Es besteht Einvernehmen, in der LSK-Sitzung am 25.01.10 einen TOP zur Lehrerbildung aufzunehmen. Auf Nachfrage von Herrn Watermann beschreibt Herr Prof. van Buer den Zustand der Lehrerbildung an anderen Universitäten. Im Vergleich zu vielen anderen Universitäten sei die HU nicht konkurrenzfähig, auch wenn es an einzelnen Fakultäten der HU exzellente Angebote gebe.

Frau Dr. Huberty stellt fest, dass die offensichtlichen Probleme weiter diskutiert werden müssen. Da die Umsetzung der beschriebenen Forderungen für die Verbesserungen in der Lehrerbildung natürlich Auswirkungen auf die Struktur und das Budget hätten, stelle sich die Frage, inwieweit dies an der HU geleistet werden könne. Die LSK sollte sich auch mit der Frage beschäftigen, ob es gut sei, weitere zusätzliche Regulierungen, wie eine GK mit Entscheidungsbefugnis, ein Kompetenzzentrum Lehrerbildung und einen wissenschaftlichen Beirat, einzuführen.

#### Weitere Informationen:

- Herr Strauß informiert darüber, dass er sich nicht länger an der Arbeit der LSK beteiligen werde. Er begründet seine Entscheidung damit, dass die LSK nach seiner Auffassung nichts bewegen könne. Bei den Diskussionen, insbesondere um die Reduzierung der Prüfungen in den Musterordnungen und in den Ordnungen für das Bachelorstudium BWL und VWL, sei es nicht möglich gewesen, die Fachvertreter und die Professoren in der LSK zu überzeugen.

Darauf Bezug nehmend begründet Herr Prof. Slenczka seine Abstimmungsentscheidungen und verweist darauf, dass es in der LSK keine professorale Mehrheit gibt. Die Studierenden hätten sich in der Diskussion mit ihren Argumenten nicht durchsetzen können. Er erläutert seine Auffassung, dass die Studienreform nicht zu optimalen Ordnungen geführt habe. Die LSK sollte ihre Verantwortung wahrnehmen, darauf zu achten, dass das Studium studierbar gestaltet wird.

In diesem Zusammenhang berichtet Herr Roßmann, dass der Akkreditierungsrat eine Vorgabe verabschiedet wird, nach der alle Module mit nur einer Prüfung abschließen. Frau Dr. Klinzing hebt positiv hervor, dass die Studierenden in der LSK über die Hälfte der Sitze und Stimmen verfügen. Dies sei eine besondere Stärke der Kommission, die von Kenntnissen aus der Praxis profitieren könne. Herr Watermann kritisiert die zurückliegenden Ergebnisse bei der Beratung von Studien- und Prüfungsordnungen in der LSK. Herr Roßmann merkt an, dass die Beschlüsse der LSK empfehlenden Charakter haben. Daher spiele es im AS keine Rolle mehr, welche Argumente in der LSK diskutiert wurden. Es sei problematisch, dass Studierende der Fächer BWL und VWL nun wieder mindestens zwei Jahre nach Ordnungen studieren, die nur wenige Verbesserungen enthalten.

Herr Prof. Presber entgegnet, dass die LSK keinen großen Spielraum habe, wenn Ordnungen auf der Grundlage der Musterordnungen ausgearbeitet wurden. Um die Ordnungen der Fächer zu verbessern, sollte die LSK die Neugestaltung der Musterordnungen voranbringen. Für ihn seien die Auffassungen der Studierenden hinsichtlich der Leistungsanforderungen und der Vorstellung vom Studium nicht immer nachvollziehbar.

- Herr Dr. Baron berichtet über die Zusicherung des Präsidenten, dass alle Fakultäten für ein halbes Jahr eine halbe Stelle erhalten, die für die Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen verantwortlich sein soll. In einige Zielvereinbarungen, z.B. mit den Fächern Philosophie und Europäische Ethnologie wurden bereits Forderungen, wie die Einführung eines Wahlfrei-Moduls, aufgenommen. Herr Dr. Baron informiert über die Bitte von Herrn Prof. Nagel, die Überarbeitung der Musterordnungen möglichst bald abzuschließen. Der Vizepräsident werde im AS regelmäßig über den Stand der Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen der Fächer berichten.
- Frau Dr. Klinzing informiert über die Sitzung der Haushaltskommission am 03.12.09. Es wurde angeregt, in den Gremien zukünftig den Leistungsbericht zu diskutieren.
- Auf Nachfrage von Frau Dr. Klinzing berichtet Herr Aust über die Beratung am 02.12.09 mit Herrn Zöllner. Für Dezember und Januar seien weitere Treffen geplant.

#### **4. Bericht zur Auswertung des Zulassungsverfahrens zum WS 09/10**

Der Vorschlag, den Bericht auf die nächste Sitzung zu verschieben, findet Zustimmung. Herr Dr. Baron wird gebeten, den Bericht zur Vorbereitung der Beratung an die LSK-Mitglieder zu schicken.

#### **4a. AS-Vorlage der „Offenen Linke Liste“: Antrag zur Änderung der ASSP - Anwesenheitskontrollen**

Frau Dr. Huberty verteilt Textvorschläge zur Änderung des § 29 der ASSP. Sie berichtet, dass die Vorschläge in der AG ASSP diskutiert wurden. Frau Dr. von Holtum habe als Beraterin der Rechtsstelle eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Frau Dr. Huberty erläutert die Hinweise der Rechtsstelle

- zum bisherigen § 29 Abs. 2 ASSP,
- zur Notwendigkeit der Unterscheidung von Anwesenheitspflicht und Anwesenheitskontrolle,
- zum Sinn von Anwesenheitspflicht und Kontrolle in bestimmten Veranstaltungen, bei denen in die Nutzung von Geräten, Laboren usw. eingewiesen wird (Schutz der Studierenden, Nachweis der Belehrung im Schadensfall),
- zu Konsequenzen einer falschen Selbsterklärung,
- zu den neuen Formulierungen aus dem Antrag der offenen Linken Liste vom 08.11.09, aus dem Antrag der Studierenden vom 23.11.09 und dem Änderungsvorschlag VPSI vom 17.11.09 sowie
- zu den möglichen Lösungsvorschlägen, die sich danach richten, ob die HU eine vollständige Aufhebung der Teilnahmepflicht, eine vollständige oder eine beschränkte Teilnahmepflicht will.

In der ausführlichen Diskussion werden die unterschiedlichen Argumente ausgetauscht und u.a. die folgenden Punkte thematisiert:

- Herr Roßmann plädiert für eine Selbsterklärung der Studierenden über die Teilnahme an Lehrveranstaltungen auf den Studienbuchseiten. Einführungsveranstaltungen in die Nutzung von Geräten, Laboren etc. seien keine Lehrveranstaltungen. Für diese Veranstaltungen sollten Anwesenheitskontrollen weiter möglich sein. Herr Prof. Presber und Frau Dr. Klinzing entgegnen, dass diese Unterscheidung in Fächern wie Medizin und Chemie nicht möglich sei. Herr Roßmann vertritt die Auffassung, dass die Abschaffung der Anwesenheitspflicht nicht durchsetzbar sei. Für die Kontrolle sei jedoch die Selbsterklärung ausreichend.
- Herr Prof. Slenczka befürwortet die internen Anwesenheitskontrollen in den Seminaren. Ansonsten könne auf die Teilnahmepflicht verzichtet werden. Er sei dagegen, als Konsequenz falscher Selbsterklärungen strafrechtliche Elemente einzuführen. Frau Dietrich unterstützt diese Auffassung. Sie verweist darauf, dass im Fach Geschichte auch in den Vorlesungen Teilnahmekontrollen durchgeführt werden. Den Studierenden sollte die Möglichkeit gegeben werden, selbst zu entscheiden, ob sie an einer Lehrveranstaltung teilnehmen oder nicht. Dies könne auch als ein Mittel der Qualitätssicherung gesehen werden.
- Herr Prof. Presber sieht die Anwesenheitspflicht in Seminaren und die lockere Variante einer aktiven Teilnahme als sinnvoll an. Werde keine Teilnahme mehr gefordert, sei damit zu rechnen, dass die Anforderungen an die Prüfung verschärft werden.
- Frau Gottwald betont, dass aus der Abschaffung von Anwesenheitskontrollen nicht geschlossen werden dürfe, dass Studierende nicht mehr an den Lehrveranstaltungen teilnehmen.
- Herr Roßmann weist darauf hin, dass trotz einer eindeutigen Regelung der ASSP in fast allen Fächern Anwesenheitskontrollen in den Vorlesungen durchgeführt werden. Herr Dr. Baron bittet ausdrücklich darum, der Studienabteilung konkrete Fälle mitzuteilen. Herr Roßmann stellt fest, dass § 29 ASSP von den Fächern unterschiedlich ausgelegt wird. Die offene Linke Liste mache sich für unmissverständliche Regelungen, die möglichst keine Ausnahmen zulassen, stark.

Es werden verschiedene Formulierungsvorschläge von Herrn Prof. Presber, Frau Dr. Klinzing und Herrn Prof. Slenczka beraten, es kommt jedoch zu keiner Einigung. Herr Prof. Slenczka stellt den Antrag auf Abschluss der Diskussion und schlägt vor, den Punkt in der nächsten Sitzung am 04.01.10 weiter zu beraten. Die Formulierungsvorschläge der LSK-Mitglieder könnten bis dahin schriftlich vorgelegt werden.

Frau Dr. Huberty zieht das Fazit, dass die LSK sich wegen der unterschiedlichen Auffassungen nicht einigen konnte. Bestimmte Regelungen seien aus rechtlicher Sicht in Frage zu stellen. Der Punkt wird für die nächste Tagesordnung erneut eingeplant.

## **5. Fortsetzung der Beratung zur Änderung der Musterstudien- und Musterprüfungsordnungen der HU**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit findet der Vorschlag Zustimmung, die Beratung zu den Musterstudien- und Musterprüfungsordnungen zu vertagen und eine Sondersitzung der LSK am 11.01.10 durchzuführen.

## **6. Vorberatung zur Ersten Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für das internationale Masterstudium Religion und Kultur/ Religion and Culture**

Herr Prof. Feldtkeller führt aus, dass im Rahmen der Akkreditierung des Studiengangs die Auflage erteilt wurde, die Lern- und Qualitätsziele zu konkretisieren. Dies sei in den vorliegenden Modulen umgesetzt worden. Um eine größere Flexibilisierung des Studiums zu erreichen, habe es noch die folgenden Änderungen gegeben:

- Das Spektrum an Lehrveranstaltungen, die in einem Modul besucht werden können, wurde geöffnet und damit die Auswahl an Lehrveranstaltungen erweitert.
- Die beiden bisherigen getrennten Basismodule wurden zu einheitlichen Basismodulen B1 und B2 zusammengefasst.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Huberty erklärt Herr Prof. Feldtkeller, dass es sich bei dem Studiengang um ein gemeinsames Projekt mit der Universität Stellenbosch in Südafrika handelt. Da die Module an der Universität Stellenbosch eine andere Struktur und einen anderen Umfang haben, wurde versucht, die beste Lösung für die Zusammenarbeit zu finden. Der an der HU angestrebte Umfang von 10 SP konnte aus diesem Grund nicht realisiert werden.

Es besteht Einvernehmen, auf die 2. Lesung zu verzichten. Frau Dr. Huberty stellt die Änderung der Studien- und Prüfungsordnung zur Abstimmung:

### **Beschlussantrag LSK 54/2009**

- I. Die LSK nimmt die Erste Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für das internationale Masterstudium Religion und Kultur/ Religion and Culture zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 4 : 0 : 4 angenommen.

Da die 2/3-Mehrheit der Mitglieder nicht erreicht wird, ist die Änderung der Studien- und Prüfungsordnung dem AS zur Beschlussfassung vorzulegen.

## **7. Verschiedenes**

-

gez.  
H. Heyer